



Presseschau vom 15.11.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

armiyadnr.su: Heute zwischen 7 und 8 Uhr morgens haben die ukrainischen Streitkräfte unter Leitung des stellvertretenden Kommandeurs des 1. Gebirgsjägerbataillons der 128. Gebirgsjägerbrigade Major A. I. Schewtschenko einen Mörserbeschuss von Straßen in **Sjazewo** durchgeführt, über die ein **Schulbus** mit mehr als 40 Kindern zur Schule in Nikitowka fuhr. Es wurde mit 82mm-Mörsern und Schützenpanzergeschützen geschossen. Insgesamt wurden auf den Bus etwa 10 Schüsse abgegeben.

de.sputniknews.com: „‘Asow‘ will Europa erobern“ – Nazismus in der Ukraine für EU plötzlich real

Das ukrainische Nazi-Bataillon „Asow“ ist für Menschenrechtsverletzungen, Folter und Verbrechen gegen Zivilisten im Donbass-Krieg berüchtigt. Wie der Spiegel am Samstag berichtete, wirbt das Regiment nun ausgerechnet in Deutschland um neue Mitglieder. Der russische Politologe Wladimir Kornilow hat für Sputnik „Asows“ Ziele und Methoden kommentiert.

Wie das Nachrichtenmagazin Der Spiegel vor wenigen Tagen berichtete, wirbt das ukrainische Nazi-Bataillon „Asow“ systematisch „mit Flyern auf Neonazi-Veranstaltungen“ um neue Kämpfer aus EU-Staaten und bekommt anscheinend regen Zulauf.

Vor allem aus Deutschland würden zunehmend junge radikale Männer in die Reihen des Neonazi-Bataillons eintreten, um gegen die beiden selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk im Osten der Ukraine zu kämpfen sowie – so ihre Weltsicht – um „Europa vor

dem Aussterben" zu bewahren.

Laut dem Spiegel steigt dabei die Zahl der ausländischen Söldner in dem Bataillon unaufhörlich. Wären es im Jahr 2014 noch 850 gewesen, würden die Sicherheitsbehörden nun von über 2.500 rechtsradikalen Kämpfern ausgehen.

Der Grund für den regen Zulauf sei dabei klar: „eine Rekrutierungsoffensive für eine ‚Rückeroberung Europas‘“.

Die PR-Offensive, die vor allem unter deutschen Neonazis stattfinden würde, beinhalte die Verteilung von deutschsprachigen Flyern auf Neonazi-Veranstaltungen, wie etwa auf Rechtsrockkonzerten, oder auch gezielte Werbung in sozialen Netzwerken.

So seien etwa im Juli auf einem Rechtsrock-Festival im thüringischen Themar, wo schätzungsweise 6.000 Rechtsradikale teilgenommen hätten, Flugblätter auf Deutsch von „Asow“-Kämpfern verteilt worden. Diese hätten das Eintreten „in die Reihen der Besten“ propagiert. Nun könne man auf sozialen Netzwerken Deutsche finden, die „ihre Zugehörigkeit zu Asow stolz präsentieren“.

Laut dem russischen Politologen Wladimir Kornilow werden die Rechtsradikalen des „Asow“-Regiments ihre Ideen durch solch eine Rekrutierungsoffensive schrittweise weiter in die Realität umsetzen.

„‘Asow‘ hat nie verheimlicht, dass sich seine Ziele nicht auf den Donbass beschränken“, unterstreicht Kornilow.

Die Ideologie des Regiments sehe ganz klar vor, „die Macht des weißen Mannes auf das ganze Weiße Europa auszudehnen“, so der Experte weiter. Die westeuropäischen Staaten seien daher klar in die Vision von „Asow“ einbezogen.

Die Rekrutierung der jungen radikalisierten Männer aus der EU sei daher ein konsequenter Schritt der Nazi-Miliz.

Das größte Problem sei dabei aber vermutlich nicht einmal das Vorgehen des Bataillons selbst, sondern die „zahnlose Politik“ der EU.

„Ja, sie (die EU – Anm.d.Red.) haben lange Zeit ihre Augen vor dem Nazismus verschlossen oder haben geschrien, dass es alles ‚russische Propaganda‘ sei, der man nicht glauben darf“, unterstreicht der Politologe.

Doch nun würden einer großen europäischen Zeitung nach den anderen „die Augen aufgehen“: Nazis gibt es in der Ukraine wirklich.

„Das ist ein erneuter Beweis dafür, dass wir recht hatten, während die europäischen Medien dreist gelogen haben“, konstatiert der Experte abschließend.

Das Freiwilligenbataillon „Asow“ wurde im Frühjahr 2014 von nationalistischen Politikern gegründet und ist dem ukrainischen Innenministerium direkt unterstellt. Andrij Bilezkyj, rechtsextremer Politiker und Kommandeur des Nazi-Bataillons, wurde 2014 vom ukrainischen Innenminister persönlich mit dem Rang eines Oberstleutnants ausgezeichnet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30162/74/301627481.jpg>

ukrinform.ua: 350 Mio. Dollar Militärhilfe für Ukraine: US-Repräsentantenhaus billigt Militärausgaben

Das US-Repräsentantenhaus hat einen Gesetzentwurf über die Militärausgaben des Landes verabschiedet.

Der Gesetzentwurf sieht 350 Millionen Dollar Militärhilfe für die Ukraine vor, teilt die ukrainische Botschaft in Washington mit. Auch im Vorjahr hätten die USA die gleiche Summe der Ukraine bereitgestellt.

Nach Angaben der Botschaft erlaubt der Gesetzentwurf Lieferungen von letalen Verteidigungswaffen an die Ukraine. Außerdem könne das Geld für die Rehabilitation der ukrainischen Soldaten in den Krankenhäusern des Landes, Ausbildung des medizinischen Personals und für die Erhöhung der Kampffähigkeit der ukrainischen Luft- und Seestreitkräfte verwendet werden.

Über den Gesetzentwurf wird noch der US-Senat abstimmen. Dann muss ihn Präsident Donald Trump unterzeichnen.

Crime-dn.su (Hotline der Rechtsschutzorgane der DVR)

Bei der Hotline der Rechtsschutzorgane der DVR ist eine kollektive Anfrage von Einwohnern des Hauses 131a in der Asowstalskaja-Straße im Lewobereshnyj-Bezirk von Mariupol, das von den ukrainischen Streitkräften besetzt ist, eingegangen.

Die Antragsteller beschwerten sich über Bewohner und Besucher der Wohnung Nr. 17 des Hauses 131a in der Asowstalskaja-Straße.

„Ständig kommen irgendwelche unbekannt Menschen in diese Wohnung, jedes Mal andere. Niemand wohnt dort dauerhaft. Wir haben auch Menschen in militärischer Uniform mit großen Taschen gesehen Und manchmal versammeln sich sehr viele von ihnen – mehr als zehn Personen. Die Einwohner des Hauses sind darüber beunruhigt, dass verdächtige Personen in der Nachbarschaft wohnen und ein- und ausgehen wie bei sich zu Hause. Am ehesten sind das Nazis, die dort Waffen und Munition lagern. Wir sind die ständige Angst leid. Wir fürchten, dass es eine Detonation geben könnte oder so etwas. Und bei uns im Haus leben viele Kinder und alte Leute“.

„Uns an unsere Polizei (der Polizei von Mariupol – Anm.) wenden wollen wir nicht, dort gibt es nur eine Antwort - „als hätten wir sonst nichts zu tun“. Deshalb bitten wir die

Generalstaatsanwaltschaft der DVR zu ermitteln, was da los ist und herauszufinden, wer diese Personen sind und wer der Besitzer dieser Wohnung ist. Über die Ergebnisse der Untersuchung bitten wir auf der Seite der Hotline zu informieren. Danke im voraus!“, aus der Anfrage.

Im Laufe einer vorläufigen Überprüfung der erhaltenen Informationen wurde von der Generalstaatsanwaltschaft der DVR festgestellt, dass die Wohnung mit der Adresse: Mariupol, Asowstalskaja-Straße 131a, Wohnung 17, Staatseigentum ist. Eigentümer dieser Immobilie ist die Hauptabteilung der Nationalpolizei der Ukraine im Donezker Oblast. Datum der Eintragung der Eigentumsrechte ist der 15.12.2016.

Die Rechtsschutzorgane der DVR werden die Überprüfung der in der kollektiven Anfrage genannten Informationen fortsetzen. Über die Ergebnisse wird zusätzlich informiert werden.

vormittags:

de.sputniknews.com: Nato-Konferenz in Berlin: Russland einziger gemeinsamer Nenner
Auf einer hochkarätig besetzten Nato-Konferenz in Berlin wurde über die Schlagkraft des transatlantischen Militärbündnisses debattiert, die neue europäische Verteidigungsunion gefeiert, das Ende des Westens in Frage gestellt und auch ein bisschen Jamaika sondert. Vor allem aber ging es gegen Russland.

Am 13. November fand im Ballsaal des Hotels Adlon am Brandenburger Tor der sogenannte Nato-Talk statt. Seit 2008 lädt die Deutsche Atlantische Gesellschaft mit Unterstützung der Bundesregierung führende Politiker und Diplomaten sowie ehemalige und aktuelle Nato-Führungsfunktionäre zu dieser Konferenz, um über den Status Quo des transatlantischen Militärbündnisses zu diskutieren. Präsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft ist Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU), der die Eröffnungsrede der Veranstaltung in Berlin hielt.

Im ersten Panel verriet der Abgeordnete der Grünen Omid Nouripour, der auch verteidigungspolitischer Sprecher seiner Partei ist, dass die Außenpolitik bei den laufenden Jamaika-Verhandlungen keine großen Stolpersteine bereite. Die Grünen wollen sich laut Nouripour für den Abzug der zwanzig amerikanischen Atombomben vom Fliegerhorst Büchel einsetzen, stoßen dabei aber auf den Widerstand von CDU und FDP. In Bezug auf Russland sprach sich Nouripour für den Dialog, nicht aber für eine Aufhebung der Sanktionen aus. Alexander Graf Lambsdorff (FDP) hatte seine Teilnahme aufgrund der Sondierungsgespräche kurzfristig abgesagt.

Pesco über alles

In einem weiteren Panel ging es um Europas Sicherheitspolitik. Parallel zum Nato-Talk wurde in Brüssel Pesco, ein gemeinsames europäisches Verteidigungsabkommen unterschrieben. Das Schlagwort von der „EU-Armee“ machte auch beim Nato-Talk die Runde. 21 EU-Länder sind Nato-Mitglied. Die Diplomaten auf dem Panel sahen hierin keinen Widerspruch. Die neue französische Botschafterin Anne-Marie Descôtes sieht die Verstärkung der europäischen Verteidigung als Schritt hin zu mehr Autonomie von den USA, allerdings immer in Zusammenarbeit mit der Nato.

Sylvia Hartleif vom EU-Think-Tank „Europäisches Zentrum für Politikstrategien“ führte aus, dass es in Europa nicht nur das Problem vieler einzelner Armeen gäbe, sondern unterschiedliche Waffensysteme und —technologien verschiedener Hersteller zu Doppelausgaben und damit zu Mehrausgaben für die Verteidigung Gesamteuropas führen. Dies mache Europas Sicherheitsstruktur weniger effizient als die amerikanischen oder

russischen Verteidigungshaushalte, so Hartleif.

Ordnung ist nur das halbe Leben

Im nächsten Panel des Diskussionsforums ging es um den Zustand der Nato. Der deutsche Nato-Botschafter Hans-Dieter Lucas präsentierte die Nato als gut organisierte Truppe. Dem widersprach der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle. Der überzeugte Transatlantiker kritisierte, dass die Nato zwar ordentlich organisiert sei, aber das Leben eben nicht nur aus Ordnung bestehe. Ansonsten sprach Rühle sich für eine größere Militarisierung und eine größere Rolle Deutschlands bei Konflikten in der Welt aus. Rühle plädierte dafür, dass Deutschland bewaffnete Drohnen als Militärgerät der Zukunft anschaffen soll. Volker Rühle war von 1989 bis 1992 Generalsekretär der CDU und unter Helmut Kohl sechs Jahre lang Verteidigungsminister.

Prof. Dr. Sönke Neitzel, Direktor des Historischen Instituts der Universität Potsdam kritisierte die zögerliche Haltung Deutschlands innerhalb der Nato: „Deutschland hat wahrscheinlich die einzige Armee, die möglichst nicht kämpfen will, weil das innenpolitisch schlecht zu verkaufen ist. Deutsche Soldaten wissen nicht, wofür sie in Afghanistan oder Mali kämpfen. Und diese Frage muss von den Politikern beantwortet werden.“

Der ehemalige tschechische Verteidigungs- und Außenminister Alexandr Vondra sieht im Moment drei große Herausforderungen für die Nato: Russland, den islamischen Radikalismus und Nordkorea. Für Vondra ist das Wichtigste die Integration seines Landes in den Westen. Die Stärkung der Nato sei im Moment durch den Brexit und den „Trump-Faktor“ ausgebremst, so Vondra. Von Deutschland erwarte er mehr Führung und einen härteren Umgang mit Russland. Allerdings finde er die Russland-Hysterie übertrieben. „Nicht einmal im Kalten Krieg war es so schlimm, dass man als westlicher Politiker einem russischen Kollegen nicht mal die Hand geben durfte“, so Vondra.

Der tschechische Ex-Politiker kritisierte auch den Umgang der EU mit der Ukraine: „Der Vorschlag des Assoziierungsabkommens war so, als wenn man die Ukraine zum Essen einlädt und dann die Rechnung nicht bezahlt.“

Ist der Westen am Ende?

Das Thema des Abschlusspanels lautete: „Ist der Westen am Ende?“ Richard D. Hooker Jr., Sonderassistent von Präsident Trump für Europa und die Nato, betonte, wie wichtig Europa für die USA und die Nato sei: „Die EU gibt insgesamt mehr als viermal so viel wie Russland für Verteidigung aus.“

Thomas Kleine-Brockhoff hat 12 Jahre in Washington verbracht und war später Redenschreiber für Bundespräsident Gauck. Der jetzige Vizepräsident des amerikanischen Think-Tanks German Marshall Fund meinte zum Thema der Krise des Westens: „Es gibt im Westen eine Vertrauenskrise in die Eliten und die gemeinsamen Werte. Die Gefahr für den Westen kommt heute mehr von innen. Das Modell der Demokratie wird in Frage gestellt. Es gibt Doppelstandards im Westen. Und die Bevölkerung erkennt das.“

Alle gegen Russland

Russland zog sich erwartungsgemäß als roter Faden durch den Nato-Talk. Allerdings kam es meist nur zu gebetsmühlenartigen Wiederholungen der bekannten Allgemeinplätze. So gestaltete sich die gut besuchte und hochkarätig besetzte Konferenz über weite Strecken recht fad. Vielleicht lag es daran, dass es sich um eine öffentliche Veranstaltung handelte, dass sich die meisten Panelteilnehmer betont diplomatisch gaben und wenige Interna preisgaben. Am ehesten redeten noch die Experten auf dem Podium Klartext, die nicht in politischer Verantwortung stehen.

Johannes Varwick, Politikprofessor von der Universität Halle-Wittenberg, meint, „Militär sollte nicht als Ersatz für Politik eingesetzt werden“, und stellte die Frage, ob es nicht Sinn mache, mehr Ressourcen in einen politischen Kompromiss mit Russland als in eine Aufrüstung gegen Russland zu investieren.

„Wer glaubt denn ernsthaft daran, dass Russland in das Baltikum einfällt? Wer glaubt denn

ernsthaft daran, dass die Krim in zwanzig, dreißig oder hundert Jahren wieder zur Ukraine gehören wird? Doch nur Träumer. Wir brauchen einen neuen politischen Deal mit Russland. Aber diese Bereitschaft sehe ich nicht bei den Polen und nicht bei den Balten“, so Varwick. Volker Rühle, der vor zehn Jahren noch den Vorschlag gemacht hatte, Russland in die Nato zu integrieren, fragte auf dem Panel:

„Wohin gehört Russland? Doch zu Europa. Durch gesteigerte, auch ökonomische Abhängigkeiten können wir Russland besser in Europa einbinden.“

Rühle glaubt dabei nicht an eine Bedrohung Europas durch Russland: „Ich glaube, Putin ist kein Hasardeur und würde nicht Nato-Grenzen verletzen.“

Der russische Politologe Fyodor Lukyanov, der als inoffizieller Berater des russischen Präsidenten und ausgezeichnete Kenner des Westens gilt, begann seinen Diskussionsbeitrag mit einer Zusammenfassung der bisherigen Konferenz: „Meine Schlussfolgerung der heutigen Debatten ist, dass Russland der einzige gemeinsame Nenner der Nato ist.“

Mit einem Lächeln fügte er hinzu: „Ich verstehe nur nicht, warum die Nato als mächtigstes Militärbündnis der Welt so viel jammert. Warum diese Trübsal?“

Angesprochen auf das Thema des Abschlusspanels, meinte Lukyanov:

„Der Westen soll nicht zugrunde gehen, er soll nur nicht dominieren. Nur die Idee, dass der Westen sich auf die ganze Welt ausdehnen wird, ist gescheitert.“

[ukrinform.ua](#): Volker Rühle: Erfolg der Reformen in der Ukraine kann zu Veränderungen in Russland führen

Der Erfolg der Reformen in der Ukraine könne zu politischen Veränderungen in Russland führen und die Lösung der Situation mit der Krim beschleunigen, erklärte auf der Berliner Konferenz „Zukunft der Nato in einer unberechenbaren Welt“ der ehemalige Verteidigungsminister Deutschlands (1992-1998), Volker Rühle, teilt die Ukrinform-Korrespondentin in Deutschland mit.

„Wenn in der Ukraine eine echte Demokratie sein wird, wird das auch Russland verändern, und Russland fürchtet sich davor“, sagte Rühle.

Er ist überzeugt, dass besonders die russische Jugend, die in ihrem ganzen Leben praktisch keine anderen Anführer ihres Landes außer Wladimir Putin gesehen hatte, sehr ermutigt durch das Beispiel der Ukraine wäre, wenn dort echte demokratische Veränderungen stattfinden würden und die Korruption bekämpft würde. Das gleiche gilt für die Krim: für die Einwohner der Halbinsel wäre die wirtschaftlich starke und wohlhabende Ukraine viel attraktiver als Russland. Rühle ist auch davon überzeugt, dass die Ukraine das Recht auf die Mitgliedschaft in der Nato und der EU hat.

Die Teilnehmer der Diskussion, und das sind ca. 20 amtierende und ehemalige Politiker, Experten und Militärangehörige, sprachen darüber, dass das Jahr 2014 die Sicherheitslage dramatisch verändert hat. Dies habe die Nato gezwungen, die Strategie zu überprüfen und zu erkennen, dass die Länder der Allianz nur gemeinsam die zahlreichen Bedrohungen abwehren können.

[Lug-info.com](#): Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **zehnmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Frunse, Krasnyj Jar, Logwinowo, Shelobok, Prischib, Sansharowka, Sokolniki und Dolgoje**.

Geschossen wurden mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

[de.sputniknews.com](#): **Sie protestierte gegen Poroschenko: Femen-Aktivistin in Kiew entführt**

In der ukrainischen Hauptstadt Kiew haben drei Unbekannte die Femen-Aktivistin Alisa Winogradowa entführt, berichten ukrainische Medien. Die junge Frau wurde am Mittwochabend beim Verlassen eines Cafés von drei Männern in ein Auto gezwert. Alisa Winogradowa hatte zu Halloween einen dekorativen Bären vor einem Schokoladenladen des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in Brand gesetzt, auf ihrem unbedeckten Oberkörper stand "Süßes oder Impeachment" geschrieben. Die Aktion richtete sich gegen "die Gierigkeit des ukrainischen Präsidenten, der sich von seinen Süßigkeiten nicht trennen will, selbst wenn ihm der politische Tod droht", hieß es in einer Femen-Erklärung.

Zuvor wurden bereits mehrmals Journalistinnen in Kiew entführt. Einmal wurde eine russische Korrespondentin von Mitarbeitern des ukrainischen Geheimdienstes SBU gekidnappt und dann des Landes verwiesen. Genauso wurde auch mit einer Journalistin verfahren, die für den im Ausland lebenden, regierungskritischen Investigativ-Journalisten Anatoly Sharij arbeitet.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31830/03/318300322.jpg>

Armiyadnr.su: Heute um 00:40 haben die ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Dsershinsk 80 Raketen mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ auf **Sajzewo** abgeschossen. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch geprüft. Dieser Beschuss der ukrainischen Streitkräfte unter **Verwendung von Mehrfachraketenwerfern** auf Sajzewo sowie Schläge des Gegners mit 152mm-Artillerie ab 18:00 auf das **Gebiet des Volvozentrums in Donezk** (zehn Geschosse) und um 22:30 auf **Dokutschajewsk** (12 Geschosse) zeugen von der Absicht einiger Kräfte in der Ukraine, heute in Minsk einen konstruktiven Dialog der Seiten zu einer friedlichen Regelung des Konflikts zum Scheitern zu bringen.

de.sputniknews.com: „Sicherer und bequemer“: Russlands Passagierzüge machen Bogen um Ukraine

Russland beginnt am Mittwoch mit dem Verkehr von Passagierzügen auf einer neuen Strecke unter Umgehung der Ukraine, teilte die Russische Eisenbahnen AG (RZD) mit.

„Der Passagierverkehr auf der neuen Strecke Schurawka – Millerowo ist bestimmt sicherer und bequemer für die Fahrgäste“, meint der Generaldirektor des Instituts für Probleme natürlicher Monopole, Jurij Saakjan.

Erstens sinkt demnach das Risiko, dass Züge außerordentlich halten und die Reise verzögern würden. Zweitens bestehen bisher „schwierige Beziehungen“ zwischen Russland und der Ukraine, unter welchen Bedingungen es für Fahrgäste bequemer sei, während der Reise nicht die Staatsgrenze zu passieren.

Die neue Bahnstrecke zwischen zwei russischen Städten – Schurawka im Gebiet Woronesch und Millerowo im Gebiet Rostow – beträgt 137 Kilometer und verbindet Zentral- und Südrussland. Die Kosten für die Bauarbeiten wurden auf 56 Milliarden Rubel (800 Millionen Euro) geschätzt.

Als erstes fahren Passagierzüge aus Moskau und Sankt-Petersburg unter Umgehung des ukrainischen Territoriums in die südrussischen Städte Kislowodsk, Anapa, Noworossijsk und Adler. Im Sommer sollen auf der Strecke täglich bis 190 Züge fahren.

Im Jahr 2015 begann Russland mit dem Bau der Strecke, nachdem sich die Beziehungen zur Ukraine im Jahr 2014 rapide verschlechtert hatten. Im August 2017 wurden alle Bauarbeiten für beendet erklärt, und im September begann der Güterverkehr auf der Strecke.

Armiyadnr.ru: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 57 Mal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von 25 Ortschaften der Republik mit Mehrfachraketenwerfern, Artillerie, Mörsern verschiedenen Kalibers, Schützenpanzerwagen- und Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: UN-Komitee unterstützt ukrainischen Resolutionsentwurf zur Krim – Halbinsel reagiert

Das dritte Komitee der UN-Generalversammlung hat die von Kiew eingebrachte Resolution zu den Menschenrechten auf der Krim verabschiedet, wie die ukrainische Mission bei den Vereinten Nationen via Twitter berichtet.

Die Resolution wurde demnach von 71 Staaten unterstützt. 25 Länder waren dagegen und weitere 77 enthielten sich bei der Abstimmung.

„Die Resolution ist ein wichtiger Schritt für den Schutz unserer Mitbürger auf der Halbinsel“, heißt es in der Mitteilung.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko schrieb in seinem Facebook-Account dazu:

„Wir danken den Unterstützern bei der Entscheidung und allen unseren Verbündeten für ein starkes Signal an die russische Okkupationsmacht, dass es eine internationale Geschlossenheit und Solidarität in der Frage der Krim-Deokkupation gibt.“

Der Abgeordnete des Parlaments der Krim, Jefim Fiks, reagierte auf die jüngste Entscheidung:

„Wir verhalten uns ruhig. Das ist bereits ein System: Ohne die Frage verstanden und analysiert zu haben und ohne die aktuellen Prozesse begriffen zu haben, werden irgendwelche Entscheidungen getroffen. Uns wundert die Position jener Länder, die für etwas abstimmen, was sie selbst nicht verstehen und wissen.“

Die Menschenrechte auf der Krim werden ihm zufolge strikt eingehalten. „Alle leben im demokratischen Staat Russland, leben, arbeiten und schaffen. Wir haben mehrmals gesagt, dass man hierher kommen soll, um alles zu untersuchen und eigene Konsequenzen ziehen zu können“, fügte der Politiker hinzu.

Nach der Verabschiedung der Resolution durch das dritte Komitee soll sie nun auf der 72. Sitzung der UN-Generalversammlung behandelt werden.

Zuvor hatte „Ukrinform“ unter Berufung auf den Sprecher der ständigen Vertretung der Ukraine bei der Uno, Oleg Nikolenko, berichtet, dass die Ukraine den neuen Resolutionsentwurf zu den Menschenrechten auf der Halbinsel Krim bei der Uno eingebracht hatte...

ukrinform.ua: Dritter UN-Ausschuss nimmt Entwurf der erneuerten EntschlieÙung über Krim an

Der Dritte Ausschuss der UN-Generalversammlung hat am Dienstag den erneuerten Entwurf der EntschlieÙung „Die Situation mit den Menschenrechten in der Autonomen Republik Krim und Sewastopol, Ukraine“ angenommen.

Das Dokument haben 71 Länder während der Abstimmung unterstützt, sagte im Kommentar für den Korrespondenten von Ukrinform der offizielle Vertreter der Ständigen Vertretung der Ukraine bei den Vereinten Nationen, Oleh Nikolenko.

„Der Ausschuss hat gerade eben den verstärkten Entwurf der Resolution über die beschämende Situation mit den Menschenrechten auf der vorübergehend besetzten Krim angenommen. Das Dokument wurde auf Initiative des Präsidenten der Ukraine eingereicht, woran er unter anderem bei hohem Segment der Generaldebatte der UNO-Generalversammlung im September erinnert hatte“, sagte der ukrainische Diplomat. Er stellte fest, dass die überwältigende Mehrheit der Mitgliedsländer für den Entwurf der EntschlieÙung gestimmt hat. „Unterstützt haben 71 Länder, gegen waren 25 Länder und 77 haben sich enthalten. Wir sind zufrieden mit dem Ergebnis der Abstimmung“, sagte Nikolenko.

Nach dem Verfahren soll das Dokument nun durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen werden. Gleichzeitig, wie der ukrainische Vertreter anmerkt, lassen die heutigen Ergebnisse „den Optimismus auf die breite Unterstützung bei der Abstimmung in der Generalversammlung im Dezember einflößen“.

Wie Ukrinform berichtete, wurde der Entwurf der erneuerten EntschlieÙung über die Menschenrechte auf der Krim am 31. Oktober 2017 eingebracht. Das Dokument bestätigt insbesondere, dass zwischen der Ukraine und Russland ein internationaler bewaffneter Konflikt ist, sie verurteilt die Anwendung der eigenen Gesetze in den besetzten Gebieten durch Russland, sowie die erzwungene russische Einbürgerung der Bürger der Ukraine.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit, dass in den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 57.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen und des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen:... (es folgt die detaillierte Aufzählung der Geschosse – Anm. d. Übers.)

...

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 778.

de.sputniknews.com: FBI ermittelt zu Geldoperationen von Russlands Außenministerium – Moskau reagiert

Die russische Botschaft in den USA hat Medienberichte darüber kommentiert, dass Washington Überweisungen des russischen Außenministeriums untersucht. Dies sei ein Versuch, Russland in inneramerikanische Streitigkeiten hineinzuziehen, der beschämend gescheitert sei.

Als Beweis dafür werde ein Bericht des Portals „BuzzFeed“ herangezogen. „Es wird unter Berufung auf das FBI über die Ermittlung zu ‘verdächtigen’ Überweisungen des Russian Foreign Ministry – Russlands Außenministerium – an unsere Botschaften in der ganzen Welt, von ‚Afghanistan bis hin zu Nigeria‘ berichtet. ‚Für die Durchführung von Wahlen‘“, heißt es in der Mitteilung der Außenbehörde. In diesem Zusammenhang werde die Citibank erwähnt, mit der die Botschaft in Washington kooperiere.

Russische Diplomaten wundern sich nach eigenen Worten gar nicht darüber, dass im „Universum“ des amerikanischen Mainstreams Russland und der russischen Botschaft in Washington ein einziges Ziel untergeschoben werde, nämlich die Grundfesten der US-Demokratie untergraben zu wollen. Nun ermittelten das FBI und der US-Kongress mit Hilfe der Citibank zu Überweisungen von Geldmitteln, mit denen die russische Botschaft finanziert werde und ihre Funktionen in strenger Übereinstimmung mit den Normen des Wiener Übereinkommens ausübe, so die Botschaft weiter.

„Wir müssen die ‘Ermittler’ leider enttäuschen. Die Staatsduma- und Präsidentschaftswahlen in Russland haben wir durchgeführt und werden dies auch künftig tun“, verlautete aus der Behörde. Und wenn für die Organisation von Wahlen – auch für russische Bürger im Ausland – zusätzliche Geldmittel benötigt würden, werde man diese aus Moskau – über die Citibank oder eine andere Bank, auf ganz legale Weise – bekommen, betonten die Diplomaten.

Dan-news.info: Das in der Geschichte der DVR erste internationale medizinische Forum des Donbass „Die Wissenschaft besiegt die Krankheit“ begann heute in der Hauptstadt.

Die Veranstaltung findet in der Donezker nationalen medizinischen Gorkij-Universität statt.

Das Forum eröffnete das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko.

„Ich möchte Sie alle begrüßen, lieber Mediziner, alle Gäste und die Ärzte vom zeitweise von Kiew kontrollierten Territorium. Die Themen, die aufgeworfen werden, sind sehr wichtig für die berufliche Entwicklung der Mediziner. Sie werden Ihren Kollegen zuhören, sich austauschen und in jedem Austausch wird Wahrheit geboren. Ich gratuliere allen Teilnehmern des Forum, ich bin überzeugt, dass es fruchtbar verlaufen wird. Die DVR ist immer bereit, einen Platz für solche Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Ein weiteres Mal gratuliere ich Ihnen allen, ich bitte, das Forum als eröffnet zu betrachten“, sagte der Führer des Donbass.

Anwesend ist auch der Gesundheitsminister der DVR Alexandr Oprischtschenko. Nach Angaben der Organisatoren nehmen am Forum Spezialisten aus verschiedenen medizinischen Bereichen aus der DVR, der LVR, Russland und Ländern der näheren Umgebung teil. Im Rahmen des humanitären Programms sind in Donezk auch Ärzte aus dem von Kiew kontrollierten Teil des Donbass anwesend.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass das Forum vom 15.-16. November stattfinden wird. Gäste und Vortragende werden etwa 300 Vertreter der Medizin sein: Chirurgen, Anästhesisten, Traumatologen, Kinderärzte und andere.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Staatsduma billigt Gesetz über Anerkennung von Medien als Auslandsagenten

Die Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus) hat das Gesetz, demzufolge aus dem Ausland finanzierte Medien in Russland als Auslandsagenten anerkannt werden dürfen, verabschiedet.

Nun wird dieses Gesetz dem Föderationsrat (russisches Parlamentsoberhaus) zur Erörterung vorgelegt. Das verabschiedete Gesetz erlaubt auch die außergerichtliche Sperrung von Webseiten unerwünschter Organisationen.

Der Gesetzentwurf über die Anerkennung von Medien als Auslandsagenten, den der Vorsitzende der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin und Vorsitzende von vier Fraktionen sowie mehreren Komitees der Staatsduma vorgelegt haben, ist die ungewollte Reaktion auf die Unterdrückung russischer Medien in den USA.

Dem Gesetz zufolge wird das russische Justizministerium die Entscheidung darüber treffen,

welche konkreten Medien zu den Auslandsagenten zählen sollen. Die Medien, die als Auslandsagenten anerkannt werden, müssen ihre Informationsmaterialien entsprechend markieren und Rechenschaftsdokumente bereitstellen....

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Lage an der Kontaktlinie **bleibt angespannt.**

In Richtung Donezk hat der Gegner Artillerie, Mörser, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **16 Ortschaften** hat der Gegner 22 Artilleriegeschosse, 8 Panzergeschosse, 188 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte auf die Gebiete von **vier Ortschaften** 22 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner Mehrfachraketenwerfer, Artillerie, Mörser, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **fünf Ortschaften** hat der Gegner 80 Raketen mit Mehrfachraketenwerfern, vier Artilleriegeschosse, 23 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **57 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Die ukrainische Führung legt es vorsätzlich auf ein **Scheitern des heutigen Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk** an, indem sie weiter friedliche Ortschaften unserer Republik beschießt. Insbesondere hat die ukrainische Seite heute Nacht, als die friedlichen Einwohner schon schliefen, **80 Raketengeschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ auf das Gebiet von Sajzewo** abgeschossen.

Mit solchen Handlungen unterstreicht die Kiewer Regierung ein weiteres Mal ihren Unwillen, den von ihr entfachten Konflikt im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen.

Und zur gleichen Zeit versucht das Militärkommando der „ATO“, unsere Aufklärung in die Irre zu führen, indem es ständig Kolonnen von Militärtechnik und Personal entlang der Kontaktlinie verlagert. Es schafft auf diese Weise den Anschein, dass neue Einheiten an der Front eintreffen. Ein Beispiel dafür ist die Ankunft eines Bataillons Panzertechnik und Personal am 13. November in Krasnogorowka, das bereits heute in Richtung Mariupol verlagert wurde.

Dabei wurde uns durch Informationen aus dem Stab der „ATO“ bekannt, warum die Manöver von Kräften und Mitteln der ukrainischen Streitkräfte so nachlässig durchgeführt werden. Der Hauptgrund der massenhaften Verschiebungen von Einheiten von Ort zu Ort ist der persönliche Gewinn von ukrainischen Generälen bei der Abschreibung großer Geldmittel, die eigentlich für Täuschungsmaßnahmen vorgesehen sind. Tatsächlich werden uns alle Verlagerungen von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte bekannt, unabhängig von den auf der Technik verzeichneten Bordnummern und sonstigen Kennzeichen und damit helfen uns die ukrainischen Generäle selbst.

Daher bleibt nur, Mitleid mit den betrogenen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte zu haben, die für einen Spottpreis Dienst in der „ATO“-Zone tun sowie mit den Bürger der Ukraine, die zuverlässig zum Schaden des Wohlergehens ihrer Familien Steuern zahlen.

Die einen stehlen Haushaltsmittel, während sie damit angeben, dass sie unser Kommando in die Irre führen und die anderen **leiden Hunger und erfrieren auf den Positionen.** Unter anderem wenden sich die Einheiten der 54. mechanisierten Brigade im Gebiet von Luganskoje weiter an die Führung des Landes mit der Bitte, ihnen die zugesagte Finanzierung und die materiellen Mittel für die Ausrüstung ihrer Positionen zuzuteilen. Der zuvor von Soldaten der 54. Brigade verfasste offene Brief hat nicht die erwarteten Ergebnisse gezeigt. Um die Soldaten hat sich niemand aus der ukrainischen Regierung und dem Kommando der ukrainischen Streitkräfte gekümmert! Auf sie wird einfach gespuckt! Im Zusammenhang

damit sind die Soldaten gezwungen, sich jetzt an Freiwilligenorganisationen zu wenden, um dennoch irgendwie auf ihren Positionen zu überleben.

Die Erfahrung zeigt, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte sich nur für die Einheiten interessiert, deren Stationierungsorte der Präsident der Ukraine besucht.

Beispielsweise die 72. mechanisierte Brigade, die auf das Treffen mit P. Poroschenko im Oktober 2017 in Awdejewka vorbereitet wurde.

Ukrinform.ua: Weißrussland will Blauhelmsoldaten in die Ostukraine entsenden
Weißrussland ist bereit, ein Friedenskottingent für eine UN-Friedensmission in der Ostukraine zur Verfügung zu stellen

Das erklärte der Außenminister des Landes Wladimir Makei nach seinem Treffen mit dem russischen Chef-Diplomat Sergei Lawrow in Moskau, berichtet BELTA. „Wir sind bereit, ein entsprechendes Friedenskottingent bereitzustellen, wenn es für alle interessierende Länder annehmbar wird, um an der Lösung der Friedensaufgaben teilzunehmen“, sagte der Minister. Laut Makei habe der weißrussische Präsident Lukaschenko noch 2014 die Entsendung von Friedenstruppen in die Ukraine vorgeschlagen. Eine schnelle Wiederherstellung der Stabilität Weißrussland sei im Interesse seines Landes, betonte der Außenminister.

Wladimir Makei erinnerte daran, dass die weißrussische Hauptstadt Minsk ein Ort für Treffen der trilateralen Kontaktgruppe zur Lösung der Situation in der Ostukraine ist. Die Kontaktgruppe trage einen wichtigen Beitrag zur Regelung der Krisensituationen. Minsk wolle auch weiter alles für Frieden und Stabilität in der Ostukraine tun.

de.sputniknews.com: **20.000 UN-Friedenssoldaten im Donbass? Kreml-Sprecher kommentiert Medienberichte**

Die Medienberichte, laut denen eine Stationierung von 20.000 Friedenssoldaten im Donbass geplant wird, entsprechen dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow zufolge nicht der Wirklichkeit. „Nein, all diese Mitteilungen entsprechen nicht der Wirklichkeit“, sagte Peskow.

Damit reagierte der Pressesprecher des russischen Präsidenten auf einen Beitrag der Zeitung „The Wall Street Journal“.

Nach Informationen des Blattes wollten die USA einen Plan zur Stationierung von 20.000 internationalen Friedenssoldaten im Donbass vorschlagen. In nächster Zeit wollten die Amerikaner diese Idee mit den russischen Kollegen erörtern.

Am Dienstag war mitgeteilt worden, dass sich der Sonderbeauftragte Russlands für die Ukraine, Wladislaw Surkow, mit seinem amerikanischen Kollegen Kurt Volker in Belgrad getroffen habe. Dabei haben sie auch die mögliche Stationierung einer Mission im Osten der Ukraine besprochen. Dieses Treffen kommentierte Peskow jedoch nicht.

Ukrinform.ua: Ukrainischer Verteidigungsminister schließt Teilnahme Russlands an UN-Friedensmission in Ostukraine aus

Der Verteidigungsminister der Ukraine, Stepan Poltorak, hat die Teilnahme Russlands an der zukünftigen Friedensmission der Vereinten Nationen in der Ostukraine ausgeschlossen.

Das sagte er bei einem Treffen mit seinem kanadischen Amtskollegen Harjit Sajjan in Vancouver, meldet die Webseite des ukrainischen Verteidigungsministeriums. Der Minister sei sicher, dass der Einsatz der UN-Friedenstruppen in der Ostukraine mit Unterstützung der internationalen Partner der Ukraine möglich sei.

Poltorak zufolge war die Friedensmission im Mittelpunkt seines Gesprächs mit dem kanadischen Verteidigungsminister. Die Friedenstruppen sollten im gesamten Konfliktgebiet stationiert werden. Die Ukraine fordere auch die internationale Kontrolle über die ukrainisch-russische Staatsgrenze im Konfliktgebiet, Abzug illegaler Militärformationen und russischer Truppen aus der Ukraine und die Kontrolle über schwere Waffen

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen das Regime der Feueereinstellung **zehnmal** verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowo, Frunse, Shelobok, Prischib, Sansharowka, Sokolniki, Dolgoje und Krasnyj Jar**. Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 160 Geschosse abgeschossen. Die **Lebensmittelprobleme** auf den vorderen Positionen der ukrainischen Truppen an der Kontaktlinie haben solche Ausmaße angenommen, dass die Soldaten der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte gezwungen waren, sich mit einem offenen Brief an den Präsidenten der Ukraine, Abgeordnete und das oberste Kommando des Verteidigungsministeriums der Ukraine zu wenden.

Im Brief heißt es, dass die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte an der Front auf sich selbst gestellt sind. Sie erhalten kein Trinkwasser, im Verlauf von zehn Tagen wurden keine Lebensmittel in die Einheiten geliefert, die Unterstände sind nicht auf den Winter vorbereitet, das Personal erhält keinen Sold. Und das ist noch nicht die gesamte Liste der Probleme, mit denen die ukrainischen Soldaten kämpfen.

Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass das Schicksal der Soldaten an den Frontpositionen der ukrainischen Regierung absolut egal ist, sie werden nur zur Organisation von Provokationen an der Kontaktlinie genutzt, wenn eine weitere Finanztranche oder Argumente notwendig sind, dass Kiew tödliche Waffen benötigt.

Der ehemalige Verteidigungsminister der Ukraine Alexandr Kusmuk hat erklärt, dass die Kiewer Truppen genügend Kräfte haben, um das gesamte Territorium des Donezker und des Lugansker Oblast unter ihre Kontrolle zu bekommen, aber dafür „müssen Donezk, Lugansk, Gorlowka und andere Städte vom Antlitz der Erde getilgt werden“.

Unsere Einheiten sind vollständig auf jeden Angriff des Gegners vorbereitet. Das ist das erste. Zweitens, der Satz „haben genügend Kräfte“ entspricht gelinde gesagt nicht der Wirklichkeit. Und drittens, die Volksmiliz der LVR wird der Ukraine nie mehr erlauben, ungestraft das Volk des Donbass zu töten.

Ukraine Medien reden davon, dass im Oktober 38 Soldaten der „ATO“ starben, darunter sind 13 kampfbedingte Verluste und praktisch zwei Drittel der Gesamtzahl starben in der Folge von **Unfällen und Selbstmorden**.

Dabei gab es diese Verluste nicht einmal in der „ATO“-Zone, sondern nach der Rückkehr der Soldaten in das friedliche Leben, weil sie durch den Aufenthalt in den Reihen der ukrainischen Armee psychische Traumata erlitten, wodurch sie nicht in einem normales Leben zurückkehren konnten.

Bereits seit einigen Tagen erörtern ukrainische Medien das Thema von zwei in Popasnaja im „Lugansker Oblast“ festgenommenen ukrainischen Soldaten, die einem Zivilisten Körperverletzungen zufügten.

Außerdem wurde uns neue Fälle von „Heldentaten“ dieser Soldaten bekannt. Nach Informationen, die wir von örtlichen Einwohnern erhalten haben, haben die Soldaten eigenmächtig den Stationierungsort des Truppenteils mit Waffen verlassen. Nach dem Genuss von Alkohol in einem Durchgang zu einem mehrstöckigen Haus begannen sie bei Wohnungen anzuklopfen, danach eröffneten sie das Feuer auf eine 63 Jahre alte Frau, die ihnen die Tür geöffnet hatte. Ein wenig später nahm die Polizei, die gerufen worden war, die Soldaten fest. Die Frau wurde ins Krankenhaus gebracht.

Das Kommando der „ATO“ hat das Benehmen dieser Soldaten deutlich verurteilt, ohne aber

daran zu erinnern, dass solche Fälle keine Einzelfälle sind. Friedliche Einwohner von Ortschaften an der Kontaktlinie leiden regelmäßig unter einer solchen „Kommunikation“ mit Soldaten und die örtlichen Polizeibehörden sind mit Anzeigen mit Beschwerden über Soldaten der ukrainischen Streitkräfte überhäuft.

de.sputniknews.com: **Ukraine: Gaspreis zehnfach gestiegen – Ukrainischer Abgeordneter**

Der Gaspreis in der Ukraine ist seit dem Staatsstreich im Februar 2014 um das zehnfache gestiegen, was zu einem elffachen Preisanstieg für Versorgungsdienstleistungen führte, äußerte der Abgeordnete der Werchowyna Rada (ukrainisches Parlament) Nestor Schufritsch. In einer Sendung des ukrainischen Fernsehsenders NewsOne verglich der Abgeordnete den aktuellen Preis für 1000 Kubikmeter Gas mit dem aus dem Jahre 2013.

„Es waren ungefähr 670 Griwna (60 Euro). Heute sind es 6800 Griwna (218 Euro)“, so Schufritsch.

Der Gaspreis ist demnach die wichtigste Komponente, auf deren Basis der Preis anderer Versorgungsdienstleistungen gebildet wird. Deswegen seien diese im Durchschnitt elfmal teurer geworden. Der Strom koste jetzt fast fünfmal so viel wie 2013: 90 Kopeken (knapp 0,03 Euro) statt 20 Kopeken (0,01 Euro) für eine Wattstunde bei ähnlichen Tarifen.

Die Nominaleinkommen der Ukrainer stiegen laut Schufritsch in diesen Jahren nicht wesentlich.

Ukrinform.ua: „Östliche Partnerschaft +“: Europaparlament unterstützt europäische Bestrebungen der Ukraine

Das Europäische Parlament hat zur Vertiefung der europäischen Integration der Ukraine, Moldaus und Georgiens im Format der „Östlichen Partnerschaft Plus“ aufgerufen. Das bedeutet auch die Teilnahme dieser Länder an der Zollunion, Energieunion und Digitalunion der EU sowie am Schengenraum.

Das geht aus einem Bericht des Parlaments mit Empfehlungen für den EU-Rat, die EU-Kommission und den Außendienst der EU im Vorfeld des Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft am 24. November hervor, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform aus Brüssel. Das Europäische Parlament verabschiedete den Bericht am Mittwoch mit 519 Stimmen. 114 Abgeordnete votierten mit Nein und 47 enthielten sich.

Die Koautorin des Berichts Laima Andrikiene sagte, das Gipfeltreffen in Brüssel solle eine neue Dynamik und eine politische Vision für die Östliche Partnerschaft geben. Eine Abschlusserklärung ohne neue Initiativen würde bedeuten, dass das Gipfeltreffen die Unfähigkeit der EU zeigen würde, den Herausforderungen entgegenzutreten. Im Bericht wird betont, dass die Ukraine, Moldau und Georgien viel für die Stärkung der Beziehungen mit der EU tun, trotz des Widerstands Russlands. „Das Europäische Parlament stellt erneut fest, dass die Assoziierungsabkommen mit Georgien, Moldau und der Ukraine nicht das endgültige Ziel ihrer Beziehungen mit der EU sind. Das Parlament erkennt wieder europäische Bestrebungen dieser Länder an.“ Das Europäische Parlament schlägt im Bericht auch die Gründung eines Treuhandfonds für die drei Länder vor. Ziel des Fonds seien staatliche und private Investitionen für soziale und wirtschaftliche Projekte in diesen Ländern. Das Parlament empfiehlt eine stärkere Unterstützung für wirtschaftliche Reformen in der Ukraine, Moldau und Georgien und die Erweiterung des Format der Partnerschaft auf die „Östliche Partnerschaft +“. Die Bekämpfung von Bedrohungen, wie Cyberkrieg, Desinformation und andere Arten der Destabilisierung sollten auch unterstützt werden. Das Parlament fordert im Bericht auch einen weiteren Druck auf Russland. Die Teilnahme der Länder der Östlichen Partnerschaft an den russischen Militärübungen, wie z.B. „Zapad 2017“, wird im Bericht inakzeptabel genannt. Das Parlament schlägt auch die Abschaffung der Roaming-Gebühren zwischen drei Ländern und der EU vor.

Dan-news.info: „Zwischen 11:00 und 14:00 hat die ukrainische Armee das Territorium des Volvo-Zentrums in Norden von **Donezk, die Ortschaften Wasiljewka und Krutaja Balka, Jasinowataja sowie Sachanka** im Süden der Republik beschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Es wurde mit Mörsern der Kalibers 82 und 120mm, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen. Weitere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: Kreml kommentiert Wirbel um falsches Beweisfoto: Schuldiger „bestraft“

Der Mitarbeiter, der eine Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums zu Handlungen der US-geführten Koalition in Syrien mit unpassenden Fotos bebilderte, ist bestraft worden, teilte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, mit.

Zuvor war im Twitter eine Erklärung über das Zusammenwirken der US-geführten internationalen Koalition und der Terrormiliz Daesh (Islamischer Staat/IS) im Raum der syrischen Stadt Abu Kamal veröffentlicht worden. Das Posting wurde zunächst mit einem Screenshot begleitet, das aus einem Computerspiel stammte. Kurze Zeit später wurde der Screenshot durch echte Aufnahmen ersetzt, wobei die erste Fassung bereits um die Welt ging und für Wirbel in den Medien sorgte.

„Der Mitarbeiter, der diesen Fehler begangen hat, wurde entsprechend bestraft“, sagte Peskow auf Anfrage von Journalisten. Fehler würden manchmal passieren, meist würden sie aber auch rechtzeitig korrigiert. "Man sollte das Ausmaß dieses Fehlers nicht übertreiben", fügte er hinzu.

de.sputniknews.com: **Gefangene in Ukraine - Putin: „Ich tue alles in meiner Kraft stehende“**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat den Vorschlag des ukrainischen Politikers Viktor Medwedtschuk für einen Gefangenenaustausch im Donbass begrüßt. In der ostukrainischen Industrieregion stehen ukrainische Regierungstruppen seit dreieinhalb Jahren in militärischen Auseinandersetzungen mit bewaffneten Volksmilizen.

Bei einem Treffen mit Putin am Mittwoch in Istra bei Moskau hatte Medwedtschuk, einst Vizevorsitzender der Werchowna Rada (Abgeordnetenhaus in Kiew), mitgeteilt, dass die Konfliktparteien im Donbass wegen formeller Probleme auf der Seite der Ukraine seit 14 Monaten keine Gefangenen mehr ausgetauscht hätten. Nach seinen Angaben befinden sich Hunderte Menschen beiderseits der Frontlinie in Gefangenschaft.

Putin versprach daraufhin, auf die Regierungen der von Kiew abtrünnigen Volksrepubliken Donezk und Lugansk (beide Donbass) entsprechend Einfluss zu nehmen. „Ich werde alles tun, was in meiner Kraft steht“, sagte Putin. „Ich werde mit der Leitung der Donezker Republik und der Lugansker Republik sprechen. Ich hoffe, dass Ihr Vorschlag umgesetzt wird.“...

de.sputniknews.com: **Ukrainischer Abgeordneter will Ukraine verlassen – samt seinem Wahlkreis**

Der Abgeordnete Jewgeni Balizki von der Partei „Oppositionsblock“ der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) hat im Fernsehsender 112 Ukraine gedroht, das Land mitsamt seinem Wahlkreis, der südöstlichen Stadt Melitopol, zu verlassen.

„Die Krim ist weg, den Donbass können wir nicht zurückgewinnen. Und wir fahren weg: ich und der Kreis, den ich vertrete. Wir fahren aber mit unseren Territorien weg. Stört Sie das überhaupt nicht?“, so der Abgeordnete.

Damit reagierte er in einer Sendung des Fernsehsenders 112 Ukraine auf eine Äußerung des

ukrainischen Nationalisten Dmitri Kotschinski, der sich die Ausreise aller ukrainischer Oppositionäre wünschte.

„Was bleibt denn? Das Kiewer Gebiet? Und das regieren Sie?“, fügte Balizki hinzu. Bereits 2016 hatte er geäußert, dass die Ukraine bis auf das Kiewer Gebiet wegen der Spaltung in der ukrainischer Gesellschaft sowie territorialer Ansprüche Polens und Ungarns schrumpfen könne....

Dnr-online.ru: Heute, am 15. November fand auf Initiative der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“, der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirk, des staatlichen Komitees für Forst- und Jagdwirtschaft der DVR trotz der Nähe zur Front und täglicher Beschüsse eine Aktion zum Anpflanzen von Bäumen statt, um die Küstenlinie von Nowoasowsk, die wegen der Untätigkeit der ukrainischen Behörden mehr als 20 Jahre lang in einem beklagenswerten Zustand war, zur verschönern und zu verstärken.

Während der Aktion wurden von Mitarbeitern der Verwaltung und Unternehmen des Nowoasowskij-Bezirks, des staatlichen Komitees für Forst- und Jagdwirtschaft und Studenten mehr als 700 weiße Akazien und Krimkiefern gepflanzt.

de.sputniknews.com: Warum russischer Schulden-Aufschub Venezuela nicht retten kann
Mit einer Umschuldung in Höhe von mehr als drei Milliarden Dollar hat Russland dem krisengeschüttelten Venezuela unter die Arme gegriffen. Dennoch kann diese Schuldenerleichterung das südamerikanische Land offenbar nicht vor der Staatspleite bewahren: Moskaus Forderungen sind nur ein Bruchteil der riesigen Gesamtschulden des Landes.

Am Mittwoch haben Russland und Venezuela ein Regierungsabkommen über die Restrukturierung von Staatsschulden unterzeichnet.

Demnach muss Venezuela einen 2011 aufgenommenen Kredit von 3,15 Milliarden US-Dollar (knapp 2,7 Milliarden Euro) in einem Zeitraum von zehn Jahren zurückzahlen. In den ersten sechs Jahren sollen die Raten minimal sein, teilte das Finanzministerium in Moskau mit. Die durch die Schuldenerleichterung freiwerdenden finanziellen Mittel würden für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Verbesserung seiner Zahlungsfähigkeit aufgebraucht werden, hieß es weiter.

Dass sich diese Hoffnung kaum erfüllen wird, zeigen die puren Zahlen: Venezuelas Schuldenberg wird auf insgesamt 150 Milliarden Dollar geschätzt, die größten Gläubiger sitzen in Nordamerika. Auch bei China steht das lateinamerikanische Land tief in der Kreide. „Die Forderungen Chinas gegenüber Venezuela sind das Zehnfache der russischen“, kommentierte Finanzexperte Sergej Chestanow von der Moskauer Akademie für Volkswirtschaft beim Präsidenten der Russischen Föderation, in einem Gespräch mit der Online-Zeitung „rueconomics“.

„Alles wird offenbar auf einen Staatsbankrott hinauslaufen, denn wegen der aktuellen Wirtschaftspolitik der linken Regierung in Caracas gibt es nicht einmal eine theoretische Möglichkeit, den Forderungen doch noch nachzukommen“, so Chestanow.

Selbst wenn China in einen Aufschub einwilligen würde, würde das nicht viel ändern: „Mehr als 100 Milliarden US-Dollar schuldet Venezuela Gläubigern aus den USA und Kanada, so das Blatt.

Unterdessen haben die Rating-Agenturen S&P und Fitch Venezuela einen teilweisen Zahlungsausfall bescheinigt



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31831/08/318310834.jpg>

abends:

ukrinform.ua: Poroschenko und Mitchell sprechen über mögliche Waffenlieferungen
Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, und der im US-Außenministerium für Europa und Eurasien zuständige Assistant Secretary, Wes Mitchell, haben die Möglichkeit der Lieferung von letalen Waffen an die Ukraine besprochen.

Das gab Mitchell nach dem Treffen mit dem Staatschef vor der Presse in Kiew bekannt. Die USA betrachten das weiterhin als eine der Optionen, antwortete er auf die Frage, ob beim Treffen über die Waffenlieferungen gesprochen wurde. Die US-Administration werde diese Frage weiter prüfen.

Dan-news.info: Heute, am 15. November, haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte während der Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbau arbeiten am **Schlammreservoir der Phenolproduktion** das Regime der Feueinstellung im Gebiet von **Nowgorodskoje (Bezirk Gorlowka)** verletzt und das Feuer auf die Positionen der Streitkräfte der DVR eröffnet“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung Ruslan Jakubow mit.

Der Gegner hat Schützenpanzerwaffen und Mörser des Kalibers 82 und 120mm verwendet. „Dieser Vorfall wurde von Vertretern der RF und der DVR in der Beobachtergruppe des GZKK „Gorlowka“ registriert sowie von der „spiegelbildlichen“ Patrouille der OSZE-Mission“, sagte Jakubow.

Wir erinnern daran, dass die Arbeiten am durch Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschädigten Damm der Phenol-Fabrik bei Gorlowka am 9. November begannen. Hauptaufgabe ist die Verstärkung, um die Gefahr einer Unterspülung zu verringern.

Diese Wiederaufnahme der Arbeiten wurde möglich, nachdem es Vertretern der RF und der DVR im GZKK gelungen war, von Kiew schriftliche Sicherheitsgarantien zu erlangen. Die Arbeiten waren vor anderthalb Jahren eingefroren worden.

de.sputniknews.com: BND warnt vor Russland - „Behauptungen ohne Belege“
Moskau ist eine „potenzielle Gefahr mit wachsenden machtpolitischen Ambitionen“, mahnt der Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND). Daher müsse die EU weiter aufrüsten. „Das ist Doppelmoral“, so Hans-Christian Ströbele, langjähriger Geheimdienst-Experte der Grünen im Bundestag. „Absolut unverschämt“, bewertet Politologe Ulrich Mies. „Die Äußerungen des BND-Chefs sind erneut Behauptungen ohne Belege“, sagte Ströbele, ehemaliger Vize-Vorsitzender der Bundestagsfraktion der Grünen, im Sputnik-Gespräch. „Ähnliches hatte zuvor schon oft Hans-Georg Maaßen, der Präsident des Verfassungsschutzes, gesagt. Es wird immer wieder von solchen Stellen beklagt, dass Russland der Feind sei.“
Trotz der aktuellen Debatte um die Schaffung einer EU-Armee unter dem Projektnamen PESCO werde immer noch so getan, als ob das nicht genug sei und der Westen militärischen Aufholbedarf zu Russland habe. Doch das sei faktisch falsch. „Das ist Doppelmoral: Russland wird für seine Militärausgaben ständig kritisiert, die Aufrüstung der EU und der Nato wird überhaupt nicht kritisch gesehen“, so das langjährige Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages. Dieses Gremium ist für die Kontrolle der Geheimdienste wie des BND zuständig.

Der Präsident des BND, Bruno Kahl, bezweifelte am Dienstag auf einer öffentlichen Veranstaltung bei der Hanns-Seidel-Stiftung in München die Wehr- und Rüstungsfähigkeit der EU in Bezug auf Russland. Das berichteten mehrere Medien am Mittwoch. „Um es deutlich zu sagen: Statt eines Partners für die europäische Sicherheit haben wir in Russland eher eine potenzielle Gefahr, Russland wird ein unbequemer Nachbar werden“, wurde er zitiert. Wie Kahl behauptete, sehe der BND eine „erstaunliche“ Modernisierung und Aufrüstung der russischen Streitkräfte. Es sei fraglich, „ob die herkömmliche Aufstellung der Nato und des Westens ausreicht, um diese Bedrohungspotenziale ausgleichen zu können.“

Nato, EU, PESCO – und anti-russische „Stimmungsmache“

Angesichts der aktuellen Debatte um PESCO und der Frage, ob Deutschland künftig mehr staatliches Geld in Rüstung und Militärwesen stecken sollte, seien die Aussagen des BND-Präsidenten „einfach nur unverschämt, sie entbehren jeglicher faktischen Grundlage und sollen wohl auch mit bössartiger Absicht verzerren.“ So lautete die Einschätzung des Sozial- und Politikwissenschaftlers Ulrich Mies gegenüber Sputnik.

„Die Äußerungen reihen sich nahtlos wie gnadenlos ein in die anti-russische Stimmungsmache, die von transatlantischen Kadern in Deutschland spätestens seit den Winterspielen in Sotschi 2014 immer wieder vorgetragen wird.“ Seitdem wurde Russland als „Feindland präsentiert – und das zeigt doch schon die ganze Verlogenheit, wenn wir uns die Zahlen und Fakten anschauen.“

Mies nannte Daten des weltweit renommierten Friedensforschungsinstituts SIPRI mit Sitz in Stockholm: Die USA haben aktuell einen Anteil von 36 Prozent an den gesamten Weltüstungsausgaben aller Staaten. Russland stelle demgegenüber im Vergleich nur einen Anteil von fünf Prozent. Alle Nato-Staaten zusammengenommen kämen auf einen Anteil von über 55 Prozent. „Allein das zeigt doch schon die perfide Verlogenheit. Der BND-Chef gibt nur ideologische Phrasen und schlimmste Propaganda wieder. Die tatsächlichen Militärfakten habe ich nun genannt. Sie sprechen eine andere Sprache.“ Dem Westen, der EU und der Nato gehören zusammen über die Hälfte aller Rüstungsausgaben – während Russland nur einen minimalen Anteil stellt.

Sind BND-Aussagen richtungsweisend für „Jamaika“-Regierung?

Politische Beobachter spekulieren momentan, ob die Aussagen des BND-Präsidenten auch vor dem Hintergrund der Sondierungsgespräche zur neuen „Jamaika“-Bundesregierung gesehen werden müssen. Der ehemalige Grüne Bundestagspolitiker Ströbele wollte sich dazu nicht äußern.

Für Mies jedoch ist das baldige Zustandekommen der neuen Regierung nicht der wahre Grund für den Ausfall des BND-Präsidenten gegen Russland.

„Das glaube ich nicht. Die wichtigen Militärverantwortlichen schauen derzeit bestimmt nicht mit Spannung nach Berlin. Die Befehle kommen doch heutzutage von ganz anderen Stellen. Beispielsweise aus dem EU-Hauptquartier in Brüssel. Das sind wohl die wahren Hintergründe“, vermutet er.

Die Außen- und Verteidigungsminister von 23 EU-Staaten hatten sich am Montag auf das sogenannte „PESCO“-Projekt (Permanent Structured Cooperation = permanente strukturierte Kooperation) geeinigt. Dieses sieht eine dauerhafte und enge militärische Kooperation zwischen den Unterzeichnerstaaten vor und verpflichtet sie unter anderem, mehr in Rüstung zu investieren.